ÄRZTEKAMMER
WESTFALEN-LIPPE

Informationen zur Gesundheitspolitik
in Westfalen-Lippe
Ausgabe 01/21

KOMPASS

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Bewältigung diverser Pandemiewellen und Impfkampagnen droht ein Großprojekt in Vergessenheit zu geraten, das Anfang des vergangenen Jahres noch für Furore sorgte: die Reform der Notfallversorgung. Man wolle sich wegen Corona lieber mehr Zeit lassen, nahm Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Herbst 2020 das Tempo aus der durchaus kontroversen Debatte um die Gestaltung von Versorgungswegen und -zuständigkeiten. Seither ist das Thema weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Was in der auslaufenden Legislaturperiode längst in trockenen Tüchern sein sollte, könnte es nun sogar als gesundheitspolitisches Wahlkampfthema zu neuer Aufmerksamkeit bringen. Man darf gespannt sein, wie sich die Parteien in dieser wichtigen Frage der Daseinsfürsorge positionieren.

„Oft angekündigt, aber nicht umgesetzt", lautete auch die Kritik des Deutschen Ärztetags an der vertagten Notfallversorgungs-Reform. Das Parlament der Ärzteschaft forderte im Mai ein schlüssiges Gesamtkonzept für sektorenübergreifende Kooperation in Akut- und Notfallversorgung. Wie auch immer ein solches Konzept im Detail aussieht: Auf dem Weg dorthin darf sich die Ärzteschaft nicht spalten lassen. Denn Notfallversorgung ist keine Frage einer einzelnen Zuständigkeit – diese Aufgabe ist von Ärztinnen und Ärzten im ambulanten wie im stationären Sektor bislang gemeinsam gestemmt worden. Das muss so bleiben, auch wenn – das ist absehbar – durch künftige gesetzliche Regelungen der Notfallversorgung ein Keil in die Ärzteschaft getrieben werden soll.

Dr. Hans-Albert Gehle,
Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe

Stattdessen braucht es Krankenhäuser und Kassenärztliche Vereinigungen an einem Tisch und eine Versorgung aus einem Guss: Für ein solches Konzept steht die Ärztekammer, die sich dafür einsetzen und in Diskussion und Planung einbringen wird. Für Patientinnen und Patienten zählt letztlich, dass schwere und schwerste Krankheitsverläufe abgewendet, dass lebens- oder organbedrohliche Entwicklungen ausgeschlossen werden. Das erreichen Ärztinnen und Ärzte in Krankenhaus-Ambulanz und Notfallpraxis nur gemeinsam.

Vieles in der Weiterentwicklung der Patientenversorgung ist in den letzten eineinhalb Jahren vom Pandemiegeschehen ausgebremst worden. Ungebremst ist hingegen der Wille vieler Gesundheitsökonomen, die Pandemie-Ereignisse so zu interpretieren, dass sie in ihren Rahmen eines schönen, neuen Gesundheitswesens hineinpassen. Ein Gesundheitswesen, das Einzelpraxen und eine doppelte Facharztschiene nur aus historischen Abrissen kennt und in dem ein Krankenhaus erst bei 700, 800 Betten anfängt! Die Ärzteschaft ist aufgefordert, auf solche Gedankenspiele eine klare Antwort zu geben. Auch hier dürfen sich ambulanter und stationärer Sektor nicht gegeneinander ausspielen lassen.

In der Pandemie-Zeit hat sich einmal mehr gezeigt, dass Notfallversorgung über die Sektorengrenzen hinweg eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Für die Corona-Pandemie gab es keine Leitlinie – Ärztinnen und Ärzte haben bewiesen, dass sie über alle organisatorischen und bürokratischen Hürden hinweg in der Lage sind, Hand in Hand für die bestmögliche Versorgung der COVID-Patienten zu arbeiten. Solche Zusammenarbeit müsste auch ohne den Druck einer Pandemie funktionieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Hans-Albert Gehle

IN DIESER AUSGABE

- Kammervorstand warnt vor Kommerzialisierung
- „Impfen allein hilft Kindern und Jugendlichen nicht aus der Pandemie"
- Auftakt der neuen „Ethik-Kommission Westfalen-Lippe"
- Tag der Organspende: Eine Entscheidung ist jedem Menschen zuzumuten
- Weltweit faire Impfstoffverteilung ist Gebot der Solidarität und Menschlichkeit

GESUNDHEITSSYSTEM TAPPT IN EINE ÖKONOMISIERUNGSFALLE

Kammervorstand warnt vor Kommerzialisierung

Vor einer zunehmenden Kommerzialisierung des Gesundheitswesens warnt der Vorstand der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL). „Unser Gesundheitssystem tappt in eine Ökonomisierungsfalle, die eine große Gefahr für die Patientenversorgung und auch die Freiberuflichkeit der Ärzteschaft darstellt", kritisiert Kammerpräsident Dr. Hans-Albert Gehle. Der Gedanke der Gewinnmaximierung geht nach einhelliger Meinung des Kammervorstandes auf Kosten des Gesundheitspersonals sowie der Patientinnen und Patienten, letztlich auf Kosten der gesamten Versorgung. Die gefährliche Entwicklung, die der Kammervorstand anprangert: Kapitalgebende Unternehmen steigen in Kliniken, Praxen oder MVZ ein und richten diese vor allem gewinnbringend aus, um mit Gesundheitsversorgung Geld zu verdienen. Das wiederum wird dann aus dem System abgezogen. Dabei leidet letztendlich auch die Indikationsqualität, wenn ausschließlich unternehmenseigene Produkte, etwa bei Prothesen, verwendet werden dürfen.

In diesen Einrichtungen wird nach Ansicht des ÄKWL-Vorstandes nicht angeboten, was „medizinisch gesehen sein muss, sondern was gewinnbringend ist", so Kammerpräsident Gehle: „Wenn Kapitalgeber Dividenden ausschütten, läuft etwas eindeutig falsch. Die Versorgung der Patienten, eigentlich eine Frage der öffentlichen Daseinsfürsorge, wird kommerzialisiert und orientiert sich damit nicht mehr am Menschen, sondern an Gewinnmargen. Dies geht zu Lasten derer, die sich um die Kranken kümmern, nämlich Ärzteschaft, Pflegende und Personal." Die Auswirkungen dieser „unsozialen Marktwirtschaft" seien steigende Arbeitsbelastungen, Personaleinsparungen und radikale Kostenreduzierungen auf allen Ebenen.

Es sei Aufgabe der Ärzteschaft, auf diese Missstände aufmerksam zu machen, so das Votum des ÄKWL-Vorstandes. Ärztinnen und Ärzte müssten eine Einheit bilden gegen den wachsenden Kommerzgedanken in Krankenhäusern, aber auch in Praxen und Medizinischen Versorgungszentren. „Das Primat von Kapital, Ertrag und Gewinn beeinflusst das Arzt-Patientenverhältnis. Und das ganz sicher nicht zum Guten. Dem müssen wir uns entgegenstellen", so Kammerpräsident Gehle. Es sei eine „Ur-Krankheit des Gesundheitswesens", dass die finanzielle Ausgestaltung des Gesundheitssystems einen Gewinn und auch einen Gewinnabfluss aus dem System ermögliche, stellt der Vorstand in seinem Votum fest. Dies müsse neu reguliert werden, fordert er.

KAMMERVERSAMMLUNG WILL PSYCHOSOZIALE VERSORGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN SICHERSTELLEN

„Impfen allein hilft Kindern und Jugendlichen nicht aus der Pandemie"

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Westfalen-Lippe hat sich auf Antrag der Kinder- und Jugendmediziner in ihren Reihen einstimmig dafür ausgesprochen, die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychosozialen Problemen, die sich in der Corona-Pandemie entwickelt oder verstärkt haben, sicherzustellen. Das Parlament der westfälisch-lippischen Ärzteschaft sieht hier Handlungsbedarf in den Kliniken, den Praxen sowie in den Gesundheitsämtern. Kammerpräsident Dr. Hans-Albert Gehle: „Impfen allein hilft Kindern und Jugendlichen nicht aus der Pandemie."

Auf die Kinderkliniken und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie komme laut Versammlungsvotum schon aktuell und erst recht mittelfristig ein erhöhter Arbeitsaufwand durch einen deutlich vermehrten stationären Behandlungsbedarf zu. „Dieser Bedarf im ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Bereich sollte durch einen Sonderfonds des Bundes abgesichert werden, um die Kliniken zumindest so arbeitsfähig wie vor der Pandemie zu halten", fordert Gehle. Nur so sei die erforderliche zeitnahe Versorgung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen.

In den Kinder- und Jugendarztpraxen werde der erhöhte Bedarf an Zuwendung und Therapie durch die Heilmittelbudgets ausgebremst, kritisiert die Kammerversammlung. Die Heilmittelbudgets müssten daher umgehend ausgesetzt werden. Zudem seien gerade Familien in der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt. Daher sollen die Krankenkassen die Aufwendungen für diese erforderlichen Beratungen der Familien angemessen honorieren, so die Forderung des Ärzteparlamentes.

Die Kreise und kreisfreien Städte sollen zudem über die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste die bewährten niedrigschwelligen Untersuchungs- und Beratungsangebote — zum Beispiel in Form der Schuleingangsuntersuchung — mindestens im Umfang wie vor der Pandemie sicherstellen.

„Die Ärztekammer Westfalen-Lippe unterstützt die Gebietskörperschaften hier gern bei der Gewinnung von Fachkräften aus dem Freiwilligenregister, damit sich das Personal des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wieder den originären Aufgaben — wie der Versorgung der Kinder und Jugendlichen mit besonderen Bedarfen — widmen kann", so Gehle.

BUNDESWEIT EINMALIGES UND ZUKUNFTWEISENDES KOOPERATIONSMODELL

Auftakt der neuen „Ethik-Kommission Westfalen-Lippe“

Mit der neu gegründeten Medizinischen Fakultät der Universität Bielefeld wird sich ein weiterer universitärer Partner in der gemeinsamen Ethik-Kommission der Ärztekammer Westfalen-Lippe und der Westfälischen Wilhelms-Universität engagieren und den Arbeitsbereich der Kommission sowohl regional als auch um neue Forschungsschwerpunkte ergänzen.

Für das Foto corona-bedingt noch auf Abstand, sind die Vertreterinnen und Vertreter von Ärztekammer und Universitäten in ihrer Arbeits-Kooperation künftig eng verbunden: (v. l. n. r.) Prof. Dr.-Ing. Gerhard Sagerer, Rektor der Universität Bielefeld, Univ.-Prof.in Dr. Claudia Hornberg, Gründungsdekanin der Medizinischen Fakultät OWL, Dr. Hans-Albert Gehle, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Univ.-Prof. Dr. Frank Ulrich Müller, Dekan der Medizinischen Fakultät der WWU Münster, Prof. Dr. Wolfgang Berdel, Vorsitzender der Ethik-Kommission, Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Johannes Wessels, Rektor der WWU Münster. Foto: mch

Professionelle Expertise als Stärke

„Dies markiert einen weiteren Entwicklungsschritt in der Geschichte der Ethik-Kommission Münster“, erklärte im Mai Dr. Hans-Albert Gehle, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, der als große Stärke der Kommission die professionelle Expertise ihrer inzwischen mehr als 90 ehrenamtlichen Mitglieder aus verschiedenen Berufsgruppen ansieht. Dazu gehören nicht nur Ärztinnen und Ärzte sowie Juristinnen und Juristen, sondern auch andere Gesundheitsberufe, Personen mit wissenschaftlicher Erfahrung auf dem Gebiet der Ethik in der Medizin sowie Patientenvertreterinnen und -vertreter.

Stärken als Forschungsstandorte bündeln

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Sagerer, Rektor der Universität Bielefeld, betonte die enge Zusammenarbeit der beiden Universitäten, die sich auch in dieser Kooperation ausdrückt und fügte hinzu: „Wir sind sehr dankbar, dass alle Beteiligten für eine derartige, auch zukunftweisende Lösung offen waren und wir unsere Stärken als Forschungsstandorte bündeln.“

Strukturen weiter ausgestalten

Prof.in Dr. med. Claudia Hornberg ergänzte: „Für einen Standort im Aufbau ist es von besonderem Vorteil, dass es die Möglichkeiten gibt, auf vorhandene Strukturen aufzubauen und diese gemeinschaftlich weiter auszugestalten. Die kurzfristige Bereitstellung einer hohen Beratungsqualität und die Qualitätssicherung wird für die biomedizinische und klinische Forschung am Standort Bielefeld von Beginn an Vorteile bringen.“

Prozeduraler Komplexität gemeinsam begegnen

Dazu erklärte Prof. Dr. med. Wolfgang Berdel, Vorsitzender der Ethikkommission: „Wir freuen uns, dass der Vorschlag des Zusammengehens allseits Akzeptanz fand, denn der zunehmenden prozeduralen Komplexität in der Arbeit der Ethik-Kommissionen begegnet man viel besser gemeinsam als jeder für sich.“

Synergien von Patientenschutz und Forschungsqualität

Die Zusammenarbeit einer Ärztekammer mit zwei Universitäten in einer medizinischen Ethik-Kommission ist in Deutschland bislang einmalig und kann nach Ansicht der Initiatoren Modellcharakter haben. Große Vorteile des Zusammengehens sehen alle Beteiligten in entstehenden Synergien von Patientenschutz und Forschungsqualität. Die immer komplexeren rechtlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, erfordere eine erhebliche fachliche Breite und Expertise der ehrenamtlichen Mitglieder und eine gut aufgestellte Geschäftsstelle.

Die Mitglieder der Kommission werden um eine Reihe von Expertinnen und Experten aus dem Raum Bielefeld verstärkt. Auch im Vorstand der Ethik-Kommission werden beide universitären Standorte künftig angemessen vertreten sein. Schließlich wird sich die Kooperation auch in einem neuen Namen der Ethik-Kommission niederschlagen, die künftig die Bezeichnung „Ethik-Kommission Westfalen-Lippe“ tragen wird. Die Umsetzung erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2021.

APPELL ZUM TAG DER ORGANSPENDE

Eine Entscheidung ist jedem Menschen zuzumuten

Anlässlich des „Tags der Organspende" unter dem Motto „Entscheide Dich" am 5. Juni hat die Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL) appelliert, sich aktiv mit der Frage einer möglichen Organspende auseinanderzusetzen und eine persönliche Entscheidung mittels eines Organspendeausweises zu dokumentieren. „Damit die Menschen sich entscheiden, ist stetige Aufklärung notwendig", erklärten ÄKWL-Präsident Dr. Hans-Albert Gehle und der Ehrenpräsident und Transplantationsbeauftragte der Kammer, Dr. Theodor Windhorst. Es müsse ein Klima des Vertrauens und der Transparenz geschaffen werden, da die Organspende ein sehr heikles und emotionales Thema sei. „Wir müssen über die Information den Solidaritätsgedanken stärken, um eine Erhöhung der Bereitschaft zur Organspende zu erreichen. Es dürfe nicht sein, dass Deutschland weiter ein Organimportland bleibe.

„Die Menschen müssen bei der Organspende Farbe bekennen", so Gehle und Windhorst. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in Nordrhein-Westfalen jährlich rund 2000 Menschen auf ein lebensrettendes Spenderorgan warten, demgegenüber aber nur 174 Organspender in NRW im Jahr 2020 verzeichnet wurden. Jeden Tag sterben bundesweit drei Menschen auf der Warteliste für ein neues und lebensrettendes Organ. „Dieses menschliche Leid dürfen wir nicht akzeptieren. Eine Entscheidung für oder gegen eine Organspende ist jedem Menschen zuzumuten. Aber niemand darf mit dieser Entscheidung allein gelassen werden."

Bild: ©Alexander Raths – stock.adobe.com

Gehle und Windhorst sind sich sicher: Jeder könnte ohne Angst entscheiden, wenn er weiß: Ein Nein bringt ihm keine Nachteile, ein Ja zur Organspende kann das Leben eines anderen Menschen retten. Eine frühzeitige Erklärung nehme im Falle eines Falles auch großen Druck von den Angehörigen potenzieller Organspender. Denn es sei unermesslich schwierig, direkt nach dem Verlust eines nahen Menschen auch noch über eine Organspende entscheiden zu müssen. Die Bedenken und Sorgen, die viele Menschen vom Ausfüllen eines Spenderausweises abhielten, müssten ernst genommen werden. Viele Ängste ließen sich ausräumen. „Wenn etwa an dem System der Beurteilung des Hirntods in der Bevölkerung Zweifel bestehen, müssen wir möglichst früh, bereits in den Schulen, aufklären." Die Ärztekammer Westfalen-Lippe informiert Bürgerinnen und Bürger etwa in Vorträgen oder über ihre gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung getragene Patientenberatung. Zudem unterstützt die Kammer nicht nur die Arbeit der Transplantationsbeauftragten in den Kliniken, sondern durch spezielle, aktuell weiterentwickelte Fortbildungsangebote auch die weitere Qualifikation der Ärztinnen und Ärzte in Sachen Organspende und im Bereich der Hirntoddiagnostik.

ÄRZTEKAMMER-VORSTAND

Weltweit faire Impfstoffverteilung ist Gebot der Solidarität und Menschlichkeit

Impfstoffe gegen COVID-19 müssen möglichst rasch für Menschen überall auf der Welt zugänglich sein: Das fordert der Vorstand der Ärztekammer Westfalen-Lippe. „Das neue Coronavirus und seine Varianten haben einen weltweiten Flächenbrand verursacht. Es reicht nicht, die Flammen nur an einer Stelle zu löschen – dieses Feuer muss global bekämpft werden", verdeutlicht Ärztekammerpräsident Dr. Hans-Albert Gehle. „Die immer besser verfügbaren Impfstoffmengen unter allen Ländern der Erde fair zu verteilen, ist ein Gebot der Solidarität und Menschlichkeit." Nach wie vor seien das neue Coronavirus und seine Varianten den Impfkampagnen rund um den Globus weit voraus. „In diesem Wettlauf müssen wir endlich schneller werden", betont Dr. Gehle, wie wichtig eine Beschleunigung der Corona-Impfprogramme weltweit ist. Denn das Rennen werde nicht allein in Deutschland, sondern an vielen Orten überall auf der Welt entschieden. „Gelingt es nicht, die Pandemie rund um den Globus gleichermaßen in den Griff zu bekommen, wird sie immer wieder auch nach Deutschland zurückkehren." Die Ärztekammer sieht bei einer fairen Verteilung von Impfstoffen die reichen Länder der Erde in der Pflicht. Es sei ein ermutigendes Signal, dass die G7-Staaten Zusagen zur Bereitstellung von Impfstoffen für wirtschaftlich schwächere Staaten gemacht hätten. Doch komme beispielsweise die Covax-Initiative, die sich eine gerechte Verteilung von Vakzinen zum Ziel gesetzt hat, derzeit noch viel zu langsam voran. „Die Weltgesundheitsorganisation hat errechnet, dass es elf Milliarden Impfdosen braucht, um mindestens 70 Prozent der Weltbevölkerung zu impfen. Davon sind wir derzeit leider noch sehr weit entfernt", bezweifelt Dr. Gehle, dass sich mit dem aktuellen Tempo der Mangel an Impfstoffen auf absehbare Zeit beheben lässt.

Herausgeber: Ärztekammer Westfalen-Lippe
Redaktion: Kommunikation der ÄKWL, Gartenstr. 210 – 214, 48147 Münster, Tel. 0251 929-2103/2104, E-Mail: kommunikation@aekwl.de
Druck: Digi Print Document Center Münster GmbH